

Ressort: Politik

Lettlands Ministerpräsident fordert Einschnitte bei EU-Beamten

Riga, 21.10.2012, 17:03 Uhr

GDN - Der Ministerpräsident von Lettland, Valdis Dombrovskis, hat sich vor dem Hintergrund der Schuldenkrise in der EU für Einschnitte bei den Gehältern der EU-Beamten ausgesprochen. In einem Interview mit "Bild Online" forderte er Griechenland zudem auf, seine Sparbemühungen nicht länger zu verzögern.

"Wir sollten die Gehälter der EU-Beamten auf den Prüfstand stellen", sagte Dombrovskis in dem Interview. "Es ist schwer, den Bürgern in den Krisen-Ländern klar zu machen, dass ihre Renten gekürzt werden, aber die Gehälter in Brüssel automatisch weiter steigen." Lettland hatte wegen einer dramatischen Wirtschaftskrise zwischen 2008 und 2011 drastisch Renten und Beamtengehälter gekürzt. Der Ministerpräsident forderte Griechenland auf, dem lettischen Vorbild zu folgen. "Unser Beispiel zeigt, dass man sich tatsächlich aus der Krise herausparen kann", sagte Dombrovskis. Wichtig sei, "dass man damit schnell anfängt". Deshalb sei Lettland heute die am stärksten wachsende Wirtschaft in der EU. "Wenn man zu lange wartet oder das Problem verzögert wie in Griechenland, verliert man weiter Vertrauen. Sobald man die Finanzen stabilisiert hat, wächst auch die Wirtschaft wieder." Heftige Kritik übte der Ministerpräsident am Kurs von Großbritanniens Premierminister Cameron, der immer stärker auf Distanz zur EU gehe. "Es ist schon schwer zu verstehen, dass ein Land wie Großbritannien, dass vom Binnenmarkt profitiert, so anti-europäisch eingestellt ist", sagte Dombrovskis. Mit ihrem Zögern bei vielen EU-Entwicklungen sorgen die Briten dafür, dass ein Europa der zwei Geschwindigkeiten langsam Wirklichkeit werde. "Wenn die Briten sich dazu entscheiden, im langsameren Teil der EU zu bleiben, ist das ihre Sache. Aber sie werden dann eben nicht mehr Teil des inneren Kerns der EU sein." Dombrovskis betonte, dass sein Land 2014 den Euro einführen wolle. Diese Entscheidung sei auch trotz Schuldenkrise "nach wie vor richtig". Es handele sich nämlich nicht um eine Krise der Währung, sondern um eine Schuldenkrise einzelner Euro-Länder. "Der Euro ist gesund." Die Vorteile der Euro-Einführung würden für Lettland "ganz klar" überwiegen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-922/lettlands-ministerpraesident-fordert-einschnitte-bei-eu-beamten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619